

Midlum, 27. Februar 2014

Pressemitteilung

Umweltverträglichkeitsprüfung abgeschlossen – Risiken sind nicht gebannt

Die von der dänischen Energiebehörde Energiestrylsen vorgenommene Anhörung zu einer sogenannten strategischen Umweltprüfung wurde nach gut 1,5 Jahren mit der Bestätigung der Umweltverträglichkeitsprüfung beendet. Dabei geht es um Ausschreibungen in Gebieten der Nordsee zur möglichen Erkundung und Förderung von Öl und Gas sowie Ausschreibungen im Hinblick auf die Injektion von CO₂ in bestehende Ölfelder. Die Insel- und Halligkonferenz ist stets gegen das Vorhaben gewesen, da sie generelle Bedenken gegen den Einsatz dieser Technik hat. Diese ist aus Sicht der IHKo noch nicht ausreichend erforscht und birgt bisher unbekannte Risiken. „Trotz der Erläuterungen und Verweise auf wissenschaftliche Arbeiten sehen wir Gefahren für Umwelt und Mensch in Verbindung mit diesen Plänen und dieser Methode“, erläutert Manfred Uekermann, Vorsitzender der Insel- und Halligkonferenz die Bedenken. „Das Vorhaben der dänischen Energiebehörde ist nach unserer Auffassung nach wie vor weder nachhaltig noch zukunftsfähig. Einerseits wegen der unabsehbaren Umweltfolgen, aber auch wegen des immensen Investitions- und Energiebedarfs.“

Nun ist das Verfahren abgeschlossen und die Entscheidung kann vor keine andere Verwaltungsinstanz mehr gebracht werden. Wenn jetzt tatsächlich Anträge zur Förderung an die dänische Energiebehörde gestellt werden, muss die vorliegende Umweltverträglichkeitsüberprüfung berücksichtigt werden. In der Begründung weist der Energiebeschwerdeausschuss darauf hin, dass es bisher keine Anträge auf Förderung gibt. Der vorgelegte Umweltbericht ist lediglich als strategische Umweltprüfung eines Plans zu betrachten, um Unternehmen die Möglichkeit zu geben, die Genehmigung zu den genannten Fördermöglichkeiten zu beantragen. Es wird darauf hingewiesen, dass Projekte nur genehmigt werden können, wenn sie nach Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutzaspekten bedenkenlos durchführbar sind. Erfahrungen beispielsweise mit Leckagen liegen nicht umfassend vor. Das Risiko wird erst abgeschätzt, wenn ein konkretes Projekt vorliegt. „Für uns ist es unerheblich wo ein möglicher Förderstandort in der Nordsee liegt. In Deutschland, den Niederlanden und Dänemark wären potentiell das sensible Ökosystem im UNESCO Weltnaturerbe Wattenmeer, das Biosphärengebiet, das Grundwasser sowie die dort lebenden Menschen und erholungssuchenden Gäste gefährdet“, führt die Geschäftsführerin Natalie Eckelt aus. Die Insel- und Halligkonferenz wird weiterhin alle weiteren Schritte und Pläne zu eventuellen Genehmigungsverfahren zur Injektion von CO₂ in vorhandene Ölfelder kritisch verfolgen.

Weitere Informationen:

Manfred Uekermann, Vorsitzender: Tel. 0151 – 50 40 57 00
Natalie Eckelt, Geschäftsführung: Tel. 0151 – 50 67 04 88